|  |  |
| --- | --- |
| **Die EU hilft Milliarden sparen**  **Studie der Bertelsmann Stiftung weist Einspareffekte für die nationalen Haushalte nach** |  |

Brüssel/Gütersloh, 11. Juli 2013. Die gemeinsame Politik der EU-Staaten zahlt sich aus. Zum ers­ten Mal wurde empirisch durchgerechnet, dass die Übertragung von Aufgaben auf die EU-Ebene und deren Finanzierung durch die EU den nationalen Regierungen tatsächlich Geld spart. Das ist das Ergebnis der Untersuchung „The European Added Value of EU Spending: Can the EU Help its Member States to Save Money?“ der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und RAND Europe, die am Donnerstag in Brüssel vorgestellt wurde. Die Mehrwertberechnung wurde vorgenommen für die bereits vergemeinschaftete Agrarpolitik sowie für die Außenpolitik und die Verteidigung, die beide noch in alleiniger Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten liegen.

Demnach schafft die hochumstrittene gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einen europäischen Mehr­wert, da sie Subventionswettläufe zwischen den Mitgliedstaaten verhindert und ebenfalls politische und ökonomische Verzerrungen vermindert. Allein im Jahr 2010 hätte eine renationalisierte Land­wirtschaftspolitik die Mitgliedstaaten rund 23 Milliarden Euro mehr gekostet als die momentan über den EU-Haushalt finanzierte.

Deutliche Einsparungen könnten auch erzielt werden, wenn die 28 Mitgliedstaaten ihre Außenpoli­tik stärker harmonisieren würden. So könnten zwischen 420 Millionen und 1,3 Milliarden Euro jähr­lich (zwischen sechs und 19 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben) eingespart werden, wenn die Regierungen die Zahl ihrer Auslandsvertretungen einschränken und Aufgaben im Konsulardienst bündeln würden. „Gerade im Bereich der Auslandsvertretungen ließe sich ein be­deutender europäischer Mehrwert erzielen“, heißt es in dem Papier.

Dies gilt auch für den dritten Bereich, die gemeinsame Verteidigungspolitik. Hier beziffern die Auto­ren das Einspar-Potenzial nur bei Gehältern auf drei bis neun Milliarden Euro jährlich. Zurzeit un­terhalten die Mitgliedstaaten knapp 890.000 Soldatinnen und Soldaten. Diese Landstreitkräfte könnten auf 600.000 sinken.

**Rückfragen an: Stefani Weiss, Director, Programme Europe´s Future**

**Bertelsmann Stiftung, Brüssel**

**Tel.: +32-2-233-3891**

**E-Mail:** [**stefani.weiss@bertelsmann-stiftung.de**](mailto:stefani.weiss@bertelsmann-stiftung.de)